

## Vom „Süden“ und vom „Norden“

### Die Macht von Grenzziehungen bei globalen Entwicklungsproblemen

von Ulrich Menzel

Umfang: 15.900 Zeichen

Lange war die entwicklungspolitische Debatte durch die Dichotomie von "Norden" und "Süden" geprägt --- mithin durch eine Grenzziehung. Sie führte nicht nur dazu, dass damit die „eigene“ deutlich von der „fremden“ Welt unterschieden werden konnte. Sie sorgte auch für eine entsprechende Mobilisierung in politischen Prozessen, was sich heute immer noch im UN-Rahmen geradezu ritualisiert in Auseinandersetzungen zwischen Industrieländer und der Gruppe der 77 niederschlägt. Die Abgrenzung schien einfach: Der "Norden", das waren die modernen Industriegesellschaften der OECD, am einfachsten meß- und damit abgrenzbar über ein Mindest-Pro-Kopf-Einkommen oder andere quantifizierbare Entwicklungsindikatoren wie Alphabetisierungsrate oder durchschnittliche Lebenserwartung. Der "Süden", das waren die vormodernen oder nur teilmodernisierten Agrargesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika, die bestimmte Ausprägungen dieser Indikatoren nicht erreichten. Die jährlichen Ranglisten des seit 1978 erscheinenden Weltentwicklungsberichts der Weltbank mit ihren zusammenfassenden Gruppierungen sind ein schönes Beispiel für eine statistische Art der Grenzziehung, wobei die Weltbank immer neue Akronyme kreierte, den Süden begrifflich zu differenzieren. Zum Norden konnten so ohne weiteres Australien, Neuseeland und ggf. auch Südafrika zur Zeit der Apartheid, obwohl alle auf der südlichen Halbkugel gelegen, gehören, nicht aber die europäischen Siedlerkolonien Argentinien, Chile und Uruguay, während Mexiko oder das NATO-Land Türkei zum Süden gezählt wurden, auch wenn beide geographisch auf der nördlichen Halbkugel liegen.

Der französische Demograph Alfred Sauvy hat 1952 den Begriff „Tiers Monde“ (Dritte Welt) und den Begriff „Tiers Mondisme“ im Sinne von Dritte Welt-Bewegung geprägt. Der Begriff war emanzipatorisch gemeint, da an den „Dritten Stand“ der Französischen Revolution erinnernd. Er war ein strukturalistisches Konstrukt der Nachkriegsordnung, indem er unterstellte, daß die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas strukturelle Gemeinsamkeiten aufweisen und insofern, wie der Dritte Stand in der Französischen Revolution, auch zu gemeinsamen Aktivitäten im Sinne des Tiers Mondisme zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die Erste und Zweite Welt fähig seien. Die im indonesischen Bandung gegründete Blockfreien-Bewegung war der politische Ausdruck dieses Denkens. Später hat der Begriff eine Umdeutung im Sinne von arm, rückständig, unterentwickelt, sogar eine abwertende Konnotation im Sinne von „drittklassig“ erhalten. Auch wenn er heute keinen Sinn mehr macht, führt er ein zähes Eigenleben. Seit einiger Zeit wird er durch den Begriff „globaler Süden“ ersetzt, um die abwertende Konnotation der Reihung zu vermeiden. Was bei Sauvy positiv besetzt war, hatte sich in sein Gegenteil verwandelt.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) wollen in gewisser Weise mit dieser Dichotomie brechen: Die universell vereinbarten Ziele gelten für alle Länder – und sind nicht mehr, wie noch die Millennium Development Goals (MDGs) allein an Entwicklungsländer gerichtet. Allerdings sind die Verhandlungen über ihre Umsetzung nach wie vor durch die Achse Nord/Süd mitgeprägt, entwicklungspolitische Identitäten entlang dieser Kategorien geprägt, auch wenn heute mit einem Attribut gängiger Weise vom „globalen Norden“ und „globalen Süden“ gesprochen wird. Hinzu kommt, dass es in den Köpfen Grenzziehungen gibt, die einer Wahrnehmung als gemeinsame Herausforderungen machtvoll entgegensteht. Daß die hergebrachten Unterscheidungen von „Nord“ und „Süd“ in mehrerlei Weise hinfällig geworden sind, so wie auch dem „Westen“ seit dem

Zusammenbruch der Sowjetunion der „Osten“ abhanden gekommen ist, erscheint evident. Doch zählen für in der Politik nicht allein Fakten, sondern maßgeblich auch die Wahrnehmungen. Dies gilt auch für die Lösung globaler Entwicklungsprobleme. Will man die Umsetzung der SDGs mithin nicht als ein neues, sozial-technokratisches Entwicklungsprojekt verstehen, sondern sich ernsthaft der de facto stattfindenden Entgrenzung der Welten bei gleichzeitiger Besinnung auf identitäre Abgrenzung stellen, ist ein tiefergehender, auch historisch informierter Blick hilfreich.

Entsprechende Debatten setzten schon in den 1990er Jahren ein. Damals konnte der Industrialisierungsprozeß in Ost- und Südostasien nicht mehr geleugnet werden, der aus den früheren „Ländern der Dritten Welt“ Schwellenländer gemacht hatte. Nach den vier Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur wurden die meisten ASEAN-Länder dazu gezählt und zu potentiellen OECD-Kandidaten. Solange sich die asiatische OECD-Mitgliedschaft auf Japan beschränkt hatte, war das Land ohne Umschweife als eine Art Ehrenmitglied dem Westen zugeschlagen worden. Gehören jetzt auch Südkorea und Taiwan, Singapur und Hongkong, demnächst Malaysia, Thailand und Indonesien zum Westen? Zumindest die Kriterien "moderne Industriegesellschaft" und "marktwirtschaftliche Grundorientierung" (in den meisten) und "Demokratisierung" (in manchen) der genannten Fälle waren gegeben. Und selbst in der VR China setzte ein ökonomischer Transformationsprozess ein, der marktwirtschaftliche Instrumente nutzte – und weit bestaunte Wachstumsraten zeitigte. Umgekehrt nahmen in Asien mit wachsendem wirtschaftlichem Erfolg auch das kulturelle Selbstbewußtsein und die Bereitschaft zu, diesen Erfolg unter Rückgriff auf traditionelle Werte wie den Konfuzianismus und gerade nicht durch "Verwestlichung" zu erklären.

Hinzu kam folgendes: Die demographische Entwicklung in vielen Ländern, die zum eigentlichen Kern des alten Westens gehörten, hat schon vor zwei Jahrzehnten Anlaß zur These gegeben von der sich abzeichnenden "Versüdlichung" des Nordens und damit der "Dekonstruktion" des Westens im Faktischen. Aufgrund von Migration und unterschiedlichem generativen Verhalten der zugewanderten nichtweißen Ethnien wurde z.B. für die USA prognostiziert, daß dort etwa im Jahre 2050 die Latinos, Asiaten und Afroamerikaner zusammen einen größeren Anteil an der Bevölkerung als die Abkömmlinge europäischer Einwanderer stellen. Würden dann die USA, insbesondere deren südliche und westliche Bundesstaaten, noch zum Westen gehören? Ähnliche Überlegungen gab es in Australien hinsichtlich der dortigen beträchtlichen asiatischen Einwanderung. In Europa wurde diese Debatte insbesondere Frankreich mit seiner nordafrikanischen Einwanderung geführt, die manche Autoren von Frankreich als der "Banlieue des Islam" sprechen ließen. Der Migrationsdiskurs hat ebenfalls zu neuen Grenzziehungen innerhalb des Westens beigetragen, die manchmal quer durch die großen Städte verlaufen und sich auch im Straßenbild wiederfinden.

Schließlich gibt es einen ebenfalls mittelfristigen Prozeß der Refundamentalisierung in etlichen islamischen Ländern, die auch vormalig explizit laizistische Staaten wie die Türkei, Ägypten oder Algerien erfaßt hat. Dies ließ auch die Südgrenze des Westens in Europa plastischer werden. Das Mittelmeer ist immer mehr zur Grenze geworden. Die Türkei, als NATO- und OECD-Mitglied eigentlich dazu prädestiniert, zum alten Westen zu gehören, stößt seit langem auf de facto Ablehnung ihres Beitrittsgesuchs zur EU. Will umgekehrt die Türkei künftig selber noch zum Westen gehören? Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte sie bereits alte kulturelle Bindungen in Richtung Kaukasus und zu den Turkvölkern Zentralasiens wiederbelebt. Prominent wurde in den 1990er Jahren die Debatte um die Identität des Westens etwa mit Blick auf die Refundamentalisierung von Huntington mit seiner These vom „Clash of Civilisations“, dem „Kampf der Kulturen“, so die nicht ganz deckungsgleiche deutsche Übersetzung, geführt. Die Essenz des Westens sei nicht der Big Mac, sondern die Magna Charta, ein Wortspiel, das im Englischen noch ausdrücklicher ist. „The West Unique, not Universal“, so der Titel eines nachgeschobenen Aufsatzes. Wer den Big Mac konsumiert, muß nicht zwangsläufig auch das Gedankengut der Magna Charta

verinnerlichen. Modernisierung sei nicht gleichzusetzen mit Verwestlichung. Das, was den Westen essentiell aus- und damit einzigartig macht, sei älter als die Modernisierung. Aufgezählt werden das klassische Erbe der Antike, das Christentum, die Verwandtschaft der europäischen Sprachen, die Trennung von Staat und Kirche, die auf die römische Rechtstradition zurückgehende Herrschaft des Gesetzes, repräsentative Organe auf der Basis von Verfassungen, sozialer Pluralismus, Individualismus, die Herausbildung einer Zivilgesellschaft. In Deutschland gab es eine breite Diskussion um eine europäische Identität. Wie weit reicht Europa in Richtung Osten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts?

20 Jahre später sind viele der Fragen aktuell geblieben. Allerdings gibt es erhebliche Akzentverschiebungen in der Wahrnehmung der Entwicklungen. Wenn in den 1990er Jahren der Industrialisierungsprozeß in Ost- und Südostasien noch begrüßt wurde, weil ein Teil der Entwicklungsländer dabei war, es zu schaffen, weil sich neue Absatzmärkte eröffneten, weil von dort preiswerte und zugleich qualitativ hochwertige Produkte bezogen wurden, man denke nur an die Unterhaltungselektronik oder den Bekleidungssektor, und weil die kritischen Stimmen vor lauter China-Euphorie noch in der Unterzahl waren, hat sich heute das Bild radikal gewandelt. An die Stelle des Mythos vom China als dem neuen Land der unbegrenzten Möglichkeiten, der Alternative für alles und jedes, der Faszination für die alte Kulturnation ist die neuerliche Furcht vor der „gelben Gefahr“ getreten, auch wenn damit nicht mehr der Furor der mordbrennenden mongolischen Reiterheere, sondern die Niederkonkurierung der westlichen Industrie mit Hilfe von Produktpiraterie und unfairen Handelspraktiken, die Arbeitsplatzverluste als Folge der Deindustrialisierung gemeint sind. China und demnächst Indien stellen zusammen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und sind mit ihren Exportindustrien in der Lage, einen globalen Strukturwandel der Weltwirtschaft zu erzwingen, an dessen Ende die Industrie und die arbeitsintensiven Dienstleistungen in Asien versammelt sind. Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus erscheinen auf einmal nicht mehr als modernisierungshemmenden Faktoren. Ganz im Gegenteil, gerade der Konfuzianismus dient als Erklärung für hohe Bildungsorientierung, Autoritätshörigkeit gegenüber staatlichen Vorgaben und hohe Arbeitsmotivation, erklärt, warum das Modell des Bürokratischen Entwicklungsstaates funktioniert und in den kulturell von China beeinflussten Ländern kopiert wird. An die Stelle des neoliberalen Washington-Konsensus tritt der bürokratisch-autoritäre Beijing-Konsensus. Infrage gestellt wird auch das Dogma der Modernisierungstheorie, daß Industrialisierung, sozialer Wandel und Demokratisierung Hand in Hand gehen, daß am Ende die ganze Welt zwangsläufig verwestlicht wird. China demonstriert, daß sich ein autoritäres politisches System und eine leistungsfähige Industriegesellschaft durchaus vereinbaren lassen. Indien demonstriert, daß sich die Weltflucht des Hinduismus mit technischen Höchstleistungen, gerade auf dem EDV-Sektor, vereinbaren läßt. Es ist schon eine paradoxe Welt, wenn Donald Trump sich an die Spitze der TTIP-Kritik stellt und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping in Davos die liberale Weltwirtschaft beschwört.

Die Wahrnehmung, daß der Norden bzw. der Westen „versüdllicht“, hat mit dem Aufbruch zur neuen Völkerwanderung des Jahres 2015 eine andere Qualität bekommen. Früher ging es, zumindest in Europa, nur um den Umgang mit dem kolonialen Erbe, weil die europäischen Kolonialmächte der Anziehungspunkt von Migranten aus ihren früheren Kolonien waren. Deutschland als nur kurzzeitige Minikolonialmacht war dabei fein heraus und dazu noch von Schengen-Staaten umgeben. Das jüngste exponentielle Wachstum der Migration, das viele Ursachen hat, aber vor allem das Resultat des exponentiellen Bevölkerungswachstums der letzten 30 Jahre ist, hat zu sozialen Verwerfungen und zu einer ganz radikalen Grenzziehung in den Köpfen geführt, die sich in grassierender Fremdenfeindlichkeit weltweit, nicht nur in Europa und den USA, äußert. Dabei spielt es keine Rolle, wie viele Migranten tatsächlich ins Land gekommen sind und wie viele vor Ort sichtbar sind. Wie viel Fremdenfeindlichkeit es in afrikanischen und asiatischen Ländern gibt, erfahren wir nur sporadisch, wenn einzelne Fälle von den Medien aufgespießt werden. In Osteuropa, wo der Anteil der Migranten

sehr viel geringer und kaum wahrnehmbar ist, ist die Fremdenfeindlichkeit höher als in Westeuropa. Selbst in Deutschland gibt es in dieser Hinsicht ein neues West-Ost-Gefälle. Das Phänomen ist ein schöner Beleg für die These, daß wir im postfaktischen Zeitalter leben. Nicht das, was ist, sondern wie das, was ist oder gerade nicht ist, wahrgenommen wird, bestimmt das Denken und das Handeln der Menschen. Die Umverteilung der Flüchtlinge in Europa funktioniert genauso wenig wie innerhalb von Deutschland, weil auch sie andere Wahrnehmungen haben als die, die die Verteilung organisieren wollen.

Während in den 1990er Jahren Huntington noch von liberalen Denkern wie Francis Fukuyama Paroli geboten bekam, haben seine Thesen heute letztlich mehr Zulauf als je zuvor. Seinen damals so heftig kritisierten Satz, daß der Islam „blutige Grenzen“ habe, würden heute viele unterstreichen. Auch wenn es den Islam gar nicht gibt und der Islam wie das Christentum viele Richtungen und Auslegungen kennt, wird er derzeit im Westen als ein Gebräu aus Islamismus, Terrorismus und Fanatismus gepaart mit allen Zutaten einer unaufgeklärten und traditionalistischen Gesellschaft wahrgenommen, die in makabrem Kontrast zum ölfinanzierten Luxus einer kleinen Elite steht. Das Orientalismusbild des 19. Jahrhunderts scheint angesichts der fortdauernden Refundamentalisierung des Islam nunmehr fast reflexhaft wieder auf. Die neue Abgrenzung gegenüber den Chinesen, die uns unsere Arbeitsplätze wegnehmen, ist harmlos gemessen an der neuen Abgrenzung gegenüber den islamischen Ländern. Das Mittelmeer, damit sind wir bei der Tagespolitik, wird nicht mehr als ein gemeinsamer Raum wahrgenommen, an dessen Küsten und auf dessen Inseln sich die europäischen Touristen treffen und das von Kreuzfahrtschiffen durchpflügt wird, sondern als eine Grenze, die es zu verteidigen gilt. Malta bzw. die Malteser waren, nachdem die Johanniter Rhodos unter dem Druck der Osmanen räumen mußten, schon zu Zeiten Karls V. der westliche Vorposten gegen die Galeerenflotten Suleymans des Prächtigen unterstützt von den Galeeren des genuesischen Condottiere Andrea Doria. Heute trägt er den Namen Frontex. Selbst viele Botschafter der Willkommenskultur des Jahres 2015 haben sich mittlerweile stillschweigend in die Abwehrfront eingereiht, gehören selbst SPD-Innenminister zu den Seehofer-Verstehern, obwohl doch die tieferen Ursachen der neuen Völkerwanderung und das Ausmaß der weltweiten Flüchtlingsströme sich innerhalb von zwei Jahren nicht verändert haben. Libyen mutiert über Nacht vom Failed State zum sicheren Herkunftsland. Was sich verändert hat, ist die hiesige Wahrnehmung.

Wer globale Entwicklungsprobleme angehen will, darf nicht allein auf die Instrumente der multilateralen Entwicklungsbürokratie sowie die neuen Multi-Akteurspartnerschaften setzen, die sich der Umsetzung der SDGs verdient machen. Vielmehr ist es erforderlich, Wahrnehmungen und Identitäten offenzulegen, die einer angemessenen Problemlösung entgegenstehen. Und diese sind tiefer verankert, als es uns manchmal lieb ist.